

Buchbesprechungen

Heinz O. Vetter (Hrsg.)

Vom Sozialistengesetz zur
Mitbestimmung. Zum 100. Geburtstag
von Hans Böckler

Redaktion: Ulrich Borsdorf und
Hans O. Hemmer

Bund-Verlag, Köln 1975, 546 S.,
brosch. 28,— DM, Ln. 40,— DM.

Nicht als „bloße Jubiläumsgeste“ will *Heinz O. Vetter* die Festschrift zum hundertsten Geburtstag von Hans Böckler verstanden wissen. Sie ist in der Tat weit mehr geworden: ein bedeutender Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, der geeignet ist, einen fortwirkenden Anstoß zur Intensivierung der Erforschung ihrer gewerkschaftlichen Seite zu geben. Die Konzeption des Bandes, insbesondere der historischen Aufsätze, fordert dazu unmittelbar heraus. Hier wird nicht eine Chronologie der Gewerkschaftsentwicklung geboten, sondern zentrale Probleme werden untersucht: die Voraussetzungen gewerkschaftlicher Organisation und ihres Aufschwungs sowie Rückgangs, Ergebnisse der Tätigkeit der Gewerkschaften, Fragen ihres Selbstverständnisses, ihrer Struktur und Funktion, ihre Rolle in Staat und Gesellschaft bei Entscheidungssituationen und das bis heute umstrittene Verhalten der Gewerkschaftsführung in geschichtlichen Wendepunkten. Die bei solcher Themenstellung notwendigerweise offengebliebenen Aspekte zu ergänzen und die angeschnittenen kritischen Fragen in sachlicher Auseinandersetzung aufzugreifen, sollte für Geschichtswissenschaft und Publizistik eine reizvolle Aufgabe bleiben.

Einen unverzichtbaren Bestandteil jeder künftigen Gewerkschaftsgeschichte werden die Ergebnisse der sozialgeschichtlichen Studie über den „Durchbruch der Freien Gewerkschaften Deutschlands zur Massenbewegung im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts“ von *Gerhard A. Ritter* und

Klaus Tenfelde bilden. Sie zeigt die Phasen gewerkschaftlicher Entfaltung bis zur Gründung und Stabilisierung der „Generalkommission“, den Einfluß politischer und wirtschaftlicher Faktoren auf die Entwicklung der Organisation, die Tendenzen sowohl zur Zentralisation als zum „Lokalismus“, den zukunftsweisenden Zug zur Zusammenfassung von Facharbeitern und Ungelernten in einer Gewerkschaft. Eine hervorzuhebende Leistung eingehender neuer Quellenforschung ist die von den Autoren erstellte Statistik der Gewerkschaftsmitglieder von 1877 bis 1900.

Hans-Josef Steinbergs Aufsatz über das Verhältnis von Gewerkschaften und Sozialdemokratie bis zum Ende des Ersten Weltkriegs behandelt ein von der Geschichtsschreibung immer wieder berührtes Thema. Der zunehmende Einfluß der Gewerkschaften auf die Politik der Partei und seine Wirkung ist allgemein anerkannt. Allerdings dürfte Steinbergs Schlußbemerkung, „die Forderung nach Aufhebung des Systems der Lohnarbeit“ habe schließlich nichts weiter dargestellt als Teil einer von den Praktikern der Partei- und Gewerkschaftspolitik nicht mehr ernst genommenen „revolutionären Phraseologie“, auf manchen Widerspruch stoßen. In innerem Zusammenhang mit Steinbergs Fragenkomplex steht *Kurt Koszyks* Analyse der „Metallarbeiter-Zeitung“, die zu dem Ergebnis kommt, daß für die Leser dieses größten Gewerkschaftsblattes in Deutschland die Entscheidung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, am 4. August 1914 für die Bewilligung der Kriegskredite zu stimmen, keine Überraschung bedeuten konnte.

Der einzige Beitrag über die christlichen Gewerkschaften stammt von *Hermann Josef Wallraff S. J.* Deutlicher als die anderen Autoren der beiden ersten Abschnitte stellt Wallraff eine auch für die Gegenwart geltende These auf, die bereits in der Überschrift seines Aufsatzes zum Ausdruck gebracht wird: „Die Belastung einer Gewerkschaft durch ideologische Differenzen“. Er sieht die „Eigenart und Tragik“ der christlichen Gewerkschaften seit der

Jahrhundertwende in der durch ihre Selbstdarstellung ihnen aufgenötigte „Gratwanderung“ zwischen der Werbekraft sozialistischer Gewerkschaften einerseits und den Ansprüchen des katholischen Klerus bis hinauf zum Papst andererseits. Erst in der Weimarer Republik beruhigte sich der Richtungsstreit innerhalb der christlichen Gewerkschaften, um dann nach 1945 durch den Zusammenschluß von Freien und Christlichen in der Einheitsgewerkschaft — das historische Verdienst Böcklers — wohl endgültig überwunden zu sein.

Zu den großen Leistungen der Gewerkschaften vor dem Ersten Weltkrieg gehört die Schaffung von Arbeiter-Sekretariaten, deren politische Bedeutung *Martin Martiny* würdigt. Er weist nach, daß durch die Tätigkeit dieser Beratungsstellen die staatliche Sozialversicherung im Bewußtsein der Arbeiter verankert wurde, ohne damit das Autonomiestreben der Gewerkschaften, das insbesondere im Tarifvertragswesen zum Ausdruck kam, zu blockieren.

Ein heißes Eisen packt *Henryk Skrzypczak* an, der sich mit den Vorwürfen gegen die Haltung der Gewerkschaftsführung in der Weimarer Republik auseinandersetzt. Verständlicherweise läßt er die kommunistische These, sie habe „Verrat“ begangen, nicht gelten. Er übernimmt aber auch nicht die Interpretation von Historikern der Bundesrepublik, sie habe „versagt“. Freilich löst sein Hinweis auf die Lauterkeit der Motive der Gewerkschaftsführer die politische Problematik ebensowenig wie das seinen Aufsatz beschließende Zitat von Friedrich Engels, der einst in einem analogen Fall fragte, „wie es kam, daß das ‚Volk‘ sich derart verraten ließ“. Skrzypczaks auf hervorragender Kenntnis der Materie basierende Argumentation besäße ohne den ihr eigenen apologetischen Zug größere Überzeugungskraft. Dies wird deutlich beim Vergleich mit der Studie von *Gerald D. Feldman* über einen ebenfalls stark umstrittenen Gegenstand, die im November 1918 von Carl Legien und Hugo Stinnes geschaffene „Zentralarbeitsgemeinschaft“. Feldman läßt keinen Zweifel daran, daß

dies ein mißlungenes Unternehmen war, wenn er auch Verständnis zeigt für die rationalen, durch Erfahrungen geprägten Überlegungen der Gewerkschaftsführer, durch direkte Abkommen mit Unternehmern, unabhängig von Staat und Regierung, Arbeiterinteressen durchzusetzen. In die Weimarer Thematik fällt auch der Aufsatz von *Rudolf Kuda* über das Konzept der „Wirtschaftsdemokratie“. Einen breiten Raum nimmt darin die Darstellung der Ideen von Fritz Naphtali ein, deren Rezeption innerhalb der Gewerkschaften aber nicht behandelt wird, auch die Frage ihrer aktuellen Relevanz wird nicht gestellt.

Auf dem Hintergrund des im Weltkrieg und in der ersten deutschen Republik herausgebildeten Rollenverständnisses der Gewerkschaften zeigt *Hans Mommsen* die vornehmlich vom ADGB-Vorsitzenden Theodor Leipart angestellten Versuche — und die Versuchungen, denen er dabei ausgesetzt war —, den Gewerkschaften angesichts der nationalsozialistischen Bedrohung durch Anpassung eine Überlebenschance zu verschaffen. Ihr klägliches Scheitern ist bekannt. Aus dem Widerstand der Gewerkschaften gegen die Naziherrschaft greift Mommsen ihre Aktivitäten und Pläne im Zusammenhang mit dem Aufstand des 20. Juli 1944 heraus, in deren Zentrum der Gewerkschaftsführer Wilhelm Leuschner stand.

Von den fünf Beiträgen im dritten Teil des Werkes „1945 bis heute — Konflikt und Kooperation“ befassen sich allein drei mit der Mitbestimmungsfrage. *Bernd Otto* skizziert Forderungen und Ansätze zu einer Demokratisierung der Wirtschaft, wie sie nach 1945 nicht nur von gewerkschaftlicher Seite angestrebt wurde, sondern auch in politischen Parteien und kirchlichen Kreisen starke Resonanz fand. Die Montanmitbestimmung von 1951 bedeutete jedoch nur einen Teilerfolg, nicht den Anfang der erwarteten umfassenden Neuordnung der Wirtschaft. Aus einer vergleichenden Betrachtung von Mitbestimmungseinrichtungen und Mitbestimmungspraxis

in Frankreich, den Niederlanden, Großbritannien, Schweden und der Bundesrepublik zieht *Gerhard Leminsky* den kaum überraschenden Schluß, die Gewerkschaften hätten — ungeachtet unterschiedlicher Organisationsformen und Strukturen — überall versucht, einen kontrollierenden Einfluß auf die Arbeitnehmervertretungen im Betrieb wie im Unternehmensbereich zu gewinnen, um einer „Aufsplitterung der Solidarität“ im Arbeitnehmerlager entgegenzuwirken. Präzise analysierend umreißt *Detlef Hensche* die positiven Möglichkeiten und Grenzen der aktuellen Mitbestimmungsforderungen. Er stellt nüchtern fest, Mitbestimmung, obgleich ein kollektives Recht, zielt konkret nur auf die Wahrnehmung der Belange des einzelnen Arbeitnehmers und beschränke sich daher darauf, eine Plattform für eine wirksamere Vertretung seiner Interessen in Betrieb und Unternehmen zu schaffen.

Im Vergleich zu diesen drei Beiträgen ist der Ansatz von *Lutz Niethammer* umfassender, denn er schneidet Probleme des Selbstverständnisses der Gewerkschaften und ihrer Rolle in Staat und Gesellschaft an, die man in einem solchen Sammelband gern noch eingehender und unter verschiedenen Aspekten erörtert gesehen hätte. Niethammer unternimmt mit seiner vergleichenden Analyse der einheitsgewerkschaftlichen Tendenzen der unmittelbaren Nachkriegszeit in England, Frankreich, Italien und Deutschland den Versuch, einen historischen Typus einer Einheitsgewerkschaft herauszukristallisieren. Sein Befund ist der „Realtyp“ einer politischen Einheitsgewerkschaft, die im Kern auf einem Bündnis sozialdemokratischer und kommunistischer Richtungen beruhte, zu denen im Fall der ehemals faschistischen Länder noch die katholischen Gewerkschaften traten. Ihr beherrschender Grundzug war nicht die direkte Interessenvertretung der Mitgliedschaft, sondern ihre gesamtwirtschaftliche Verantwortung und Mitwirkung, eine ökonomisch zwar schwache, politisch aber zunächst starke Stellung als Anwalt des arbeitenden Volkes. Im Verlauf der politisch-gesellschaftlichen Entwicklung der

Nachkriegszeit konnte diese Position nicht gehalten werden. Unter den gewandelten Bedingungen vollzogen die Gewerkschaften vielmehr selber einen Funktionswandel, der, so Niethammers Fazit, durch wachsende Systemintegration zur Ausklammerung der „ordnungspolitischen Machtfrage“ und zum Verlust politischer Zielsetzungen geführt habe.

Das Problem dieser Integration ist das Kernthema des Aufsatzes von *Gerhard Beier* über den Weg der Nachkriegsgewerkschaften bis zum Gründungskongreß des DGB 1949 und Hans Böcklers Vorstellungen über die Rolle der Gewerkschaften in Staat und Gesellschaft. Er sieht in Böcklers Wahl zum DGB-Vorsitzenden nicht nur ein persönliches Vertrauensvotum, sondern auch eine Entscheidung für dessen Konzept des demokratischen und sozialen Rechtsstaates, in dem die Einheitsgewerkschaft die Vermittlungsfunktion zwischen den arbeitenden Menschen und dem Sozialstaat ausüben sollte.

Ein von *Ulrich Borsdorf* sorgfältig gezeichnetes Lebensbild von Hans Böckler, ergänzt durch einige von *Dieter Schuster* ausgewählte Dokumente, stellen noch unmittelbarer die Beziehung zu dem Mann her, dessen Weitsicht und Tatkraft die Gewerkschaftsbewegung in hohem Maße ihre heutige Form und Bedeutung verdankt. Es hätte dem sachlichen Charakter dieser Festschrift keinen Abbruch getan, hätte aber zu ihrer Anschaulichkeit beigetragen, wenn hier auch Frauen und Männer der Praxis zu Wort gekommen wären, die gemeinsam mit Böckler die Gewerkschaften nach dem Zweiten Weltkrieg aufgebaut haben.

Susanne Miller/Heinrich Potthoff

Neuere ausgewählte Literatur zu historisch-politischen Fragen

Übergreifende Darstellungen

Eisenheim 1844 bis 1972. Gegen die Zerstörung der ältesten Arbeitersiedlung des Ruhrgebietes. Projektgruppe Eisenheim.

Design Grundlagen Fachhochschule Bielefeld. Verlag für das Studium der Arbeiterbewegung GmbH, Berlin 1973, 180 S., 10 DM.

Zur Geschichte des Arbeiterwohnungsbaus im Ruhrgebiet, zum Leben in Arbeitersiedlungen („Eisenheim ist ein Beispiel für intaktes Sozialgefüge“), zur „Retung“ von Eisenheim; außerdem: Sammlung von Pressemeldungen und Erläuterung des „Projektmodells Eisenheim“. Viele gute Tabellen und Fotos.

Hallgarten, George W. F./Radkau, Joachim: Deutsche Industrie und Politik von Bismarck bis heute. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M. und Köln 1974, 547 S., kart. 58 DM (Ln. 70 DM).

Hallgarten, bekannt u. a. durch sein Werk „Hitler, Reichswehr und Industrie“ (1955), untersucht die Zeit von Bismarck bis zur „Machtergreifung“ Hitlers, Radkau das „Dritte Reich“ und die Nachkriegszeit. Fazit: Der erhebliche politische Einfluß der Industrie auf die Politik war nie unterbrochen.

Miüband, Ralph: Der Staat in der kapitalistischen Gesellschaft. Eine Analyse des westlichen Machtsystems. Wissenschaft 112, Suhrkamp - Taschenbuch - Verlag, Frankfurt/M. 1972, 376 S., 12 DM.

Miüband, Politikwissenschaftler an der renommierten London School of Economics, stellt einen Trend zur Stärkung staatlicher Autorität in den kapitalistischen Gesellschaften fest, den auch ein sozialdemokratischer Reformkurs nicht aufhalten könne. Die Annahme, „die Arbeiterschaft sei eine Interessengruppe, deren Stärke sich der Unternehmerschaft vergleichen lasse“ (S. 216) weist Miüband mit guten Gründen als unrealistisch zurück.

SPD und Staat. Geschichte, Reformideologie, „Friedenspolitik“. Hrsg. von Mitarbeitern der „darmstädter studentenzeitung“. Politik 51, Verlag Klaus Wagenbach, Berlin 1974, 190 S., 6,50 DM.

Die acht Autoren stellen sich die Frage, „ob es mit der Fähigkeit der SPD,

weiterhin die anstehenden Probleme lösen zu können, zu Ende ist, ob sie sich verbraucht hat, oder ob es nicht die Probleme selbst sind, die sich derart entwickelt haben, daß es fraglich wird, ob sie überhaupt auf reformistischem Wege gelöst werden können“. Meinung der Autoren: SPD und Reformismus können nicht.

Varain, Heinz Josef (Hrsg.): Interessenverbände in Deutschland. (Neue Wissenschaftliche Bibliothek 60), Verlag Kiepenheuer und Witsch, Köln 1973, 398 S., Ln. 38 DM, Pb. 28 DM.

Mit nur drei (von 24) speziell auf Gewerkschaften zugeschnittenen Studien (alle für das 19. Jahrhundert). Keine systematische Gliederung. Ausführliche Bibliographie.

Biographien

Fest, Joachim C: Hitler. Eine Biographie. Propyläen-Verlag, Frankfurt/M., Berlin, Wien 1973, 1192 S., Ln. 38 DM (auch bei der Büchergilde Gutenberg, Frankfurt/M. 38 DM).

Die monumentale Biographie des jetzigen Mitherausgebers der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ hat die Diskussion um die „historische Größe“ in Gang gesetzt und stand — gewollt oder nicht gewollt — am Beginn einer Hitler- bzw. Nazi-Modewelle in verschiedenen Medien. Eine wissenschaftliche und schriftstellerische Leistung, ein wichtiges und lesenswertes Buch.

Raddatz, Fritz J.: Karl Marx. Eine politische Biographie. Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 1975, 540 S., Ln. 38 DM. Vielbesprochene, vieldiskutierte, vernichtend kritisierte (Wolfgang Harich im „Spiegel“: „Kammerdienerpsychologie“) und vorsichtig gelobte (Golo Mann in der „Zeit“: „eine ganze Menge treffender Aussagen und Beurteilungen“ aber: „zu hastig gemacht“) neueste Marx-Biographie.

Bis 1918

Abendroth, Wolfgang/Fülberth, Georg/Hofschen, Heinz-Gerd/Ott, Erich/Stuby,

Gerhard (Hrsg.): *Sozialdemokratie und Sozialismus. August Bebel und die Sozialdemokratie heute*. Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln 1974, Pb., etwa 9,80 DM.

Ergebnisse eines Kongresses, den der Sozialistische Hochschulbund (SHB) 1973 in der Bonner Universität durchführte.

Engelsing, Rolf: *Zur Sozialgeschichte deutscher Mittel- und Unterschichten*. (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 4), Verlag Vandenhoeck und Ruprecht, Göttingen 1973, 314 S., kart. 28 DM.

Mit Aufsätzen u. a. zu „Problemen der Lebenshaltung im 18. und 19. Jahrhundert“, „Zur politischen Bildung der deutschen Unterschichten 1789 bis 1863“, „Dienstbotenlektüre im 18. und 19. Jahrhundert“.

Grob, Dieter: *Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges*. Propyläen-Verlag, Frankfurt am Main, Berlin, Wien 1973, 783 S., Ln. 78 DM.

Grohs These, daß die (wenn auch nur) „negative Integration“ der Sozialdemokratie in das Wilhelminische Reich durch deren „revolutionären Attentismus“, d. h. das passive Erwarten des großen revolutionären „Kladderadatsch“, begünstigt wurde, ist nicht neu. Die Frage, ob z. B. die „Parteibasis“ eine andere Politik der Führung (nur die untersucht Groh) zugelassen hätte, bleibt auch nach diesem außerordentlich materialreichen Buch unbeantwortet.

Hohorst, GerdlKocka, Jürgen/Ritter, Gerhard A. (Hrsg.): *Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1870 bis 1914*. Verlag C.H. Beck, München 1975, 186 S., Pb. 24 DM.

Wichtige statistische Sammlungen zu den Kapiteln „Bevölkerung, Wanderungen und Urbanisierung“, „Wirtschaft und Ar-

beit“ (z. B. Beschäftigte nach Wirtschaftsgruppen in Industrie und Handwerk), „Soziale Verhältnisse und soziale Konflikte“, „Gesellschaft und Staat“. Jedes Kapitel ist mit einer kommentierenden Einleitung versehen.

Mattheier, Klaus: *Die Gelben. Nationale Arbeiter zwischen Wirtschaftsfrieden und Streik*. Pädagogischer Verlag Schwann, Düsseldorf 1973, 408 S., Kln. 32 DM.

Geschichte der „wirtschaftsfriedlichen nationalen Arbeiterbewegung von 1905 bis 1918. Nicht immer glückliche Wortwahl: „Streikterror“, „Streikgewerkschaften“, „Kampfgewerkschaften“. Ritter, Gerhard Albert (Hrsg.): *Deutsche Parteien vor 1918*. (Neue Wissenschaftliche Bibliothek 61), Verlag Kiepenheuer und Witsch, Köln 1973, 406 S., Ln. 38 DM, Pb. 28 DM.

Systematische Aufsatzsammlung. Nützlicher „Reader“ mit umfangreicher Bibliographie.

Zunkel, Friedrich: *Industrie- und Staatssozialismus. Der Kampf um die Wirtschaftsordnung in Deutschland 1914 bis 1918*. (Tübinger Schriften zur Sozial- und Zeitgeschichte 3), Droste Verlag, Düsseldorf 1974, 227 S., Pb. 48 DM.

Zunkel über die Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Unternehmern am Ende des Ersten Weltkrieges: „Angesichts der durch die Revolution veränderten politischen Lage gewann das mit sozialen Zugeständnissen erkaufte Bündnis mit den Gewerkschaften . . . die ... Funktion, jede sozialistische Aufhebung der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu unterbinden und der Industrie Einflußkanäle auch zur Regierung der Volksbeauftragten zu sichern.“ *)

HOH

*) Bei den angezeigten Werken handelt es sich um bei der Redaktion eingegangene Bücher. Diese Auswahlbibliographie wird fortgesetzt.